



Der Europäische Rat hat zentrale Entscheidungen über die Reform der Europäischen Union, das gemeinsame Vorgehen in Zeiten der Wirtschaftskrise und zur künftigen Energie- und Klimapolitik getroffen. Die Strategie der französischen Präsidentschaft, über den Weg der Einstimmigkeit im Europäischen Rat einen fairen Interessenausgleich zwischen den Mitgliedstaaten zu erreichen, ist aufgegangen. Aus Landes-sicht ist die besondere Berücksichtigung der energieintensiven Industrien unter gleichzeitiger Wahrung der Klimaschutzziele zu begrüßen. Auch die angekündigten Verfahrensvereinfachungen im Bereich der Wettbewerbspolitik und der Strukturpolitik lassen auf Erleichterungen beim Kampf gegen die Folgen der Wirtschaftskrise hoffen.

Nun gilt es aber, bei den nunmehr notwendigen Detailregelungen genau hinzuschauen, damit aus den hehren Zielen auch wirklich konkrete Aktionen werden.

Die Landesvertretung wird darüber auch im nächsten Jahr zeitnah berichten und wünscht den Leserinnen und Lesern des Wochenspiegels frohe Festtage.

Thomas Wobben

## ☆ Aus den Institutionen (S. 2-7)

- Europäischer Rat ⇒ Staats- und Regierungschefs erzielen wichtige Kompromisse für Europa
- KOM (I) ⇒ Deutsche Filmförderung genehmigt
- KOM (II) ⇒ Geringerer Strom im Bereitschaftsmodus
- KOM (III) ⇒ Literaturpreis 2009
- AdR ⇒ COTER Sitzung
- AdR ⇒ Pressbook veröffentlicht

## ☆ Aus den Fachbereichen (S. 8-14)

- Medien ⇒ „Gomorra“ bester europäischer Film
- Internationaler Journalistenwettbewerb ⇒ Preisträger
- Landwirtschaft ⇒ Rückforderung von Fördergeldern
- Lebensmittel ⇒ konkurrenzfähige Preise
- Arbeit ⇒ Richtige Qualifikation für den Arbeitsmarkt
- Handel ⇒ Beseitigung versteckter Hemmnisse
- KMU ⇒ Rolle der Kohäsionspolitik im Rahmen des Konjunkturprogramms

## ☆ Was - Wann - Wo (S. 15-16)

- Landtag LSA ⇒ GFV der SPD-Fraktion in Brüssel
- ECRN ⇒ Ständige AG tagt mit Projektierungsgruppe
- TEMPUS ⇒ Jahrestagung in Bonn

## ☆ Ausschreibungen (S. 17-19)

- EP ⇒ Stellenausschreibung (Direktor)
- Stereotypen in den Medien ⇒ Projektförderung
- EP ⇒ Übersetzungsdienste
- EPSA 2009 ⇒ Mehr als ein Wettbewerb

## ☆ Kontaktbörse (S. 20)

- ⇒ Es liegen keine aktuellen Projektanfragen vor

## ☆ Büro intern - TIPP (S. 21)

- Tipp (I) ⇒ Europa im Unterricht
- Tipp (II) ⇒ Weihnachtsmarkt und Winterfreuden

## ☆ So erreichen Sie uns (S. 22-23)



## Aus den Institutionen



### ➤ Europäischer Rat ⇒ Staats- und Regierungschefs erzielen wichtige Kompromisse für Europa (Wo)

Zum Ende der französischen Präsidentschaft haben die Staats- und Regierungschefs am 11./12.12. in Brüssel wichtige Beschlüsse zur Zukunft der Europäischen Union, zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise um zum Energie- und Klimapaket gefasst.

Im Hinblick auf den **Vertrag von Lissabon** hat der irische Ministerpräsident die Bereitschaft seines Landes erklärt, im Laufe des Jahres 2009 ein zweites Referendum durchzuführen. Dafür erhielt er vom Rat im Rahmen der Schlussfolgerungen die Zusicherung, dass auch künftig jeder Mitgliedstaat in der Europäischen Kommission durch ein eigenes Mitglied vertreten ist. Weitere Zugeständnisse bzw. Klarstellungen wurden durch den Europäischen Rat im Bereich der Steuerpolitik, der Neutralität Irlands und in sozioethischen Fragen im Rahmen der Schlussfolgerungen gemacht.

Im Hinblick auf die **Zusammensetzung des Europäischen Parlaments** wurde festgelegt, dass Übergangsmaßnahmen getroffen werden, um bis zum Ende der Legislaturperiode 2009-2014 die nach dem Vertrag von Lissabon vorgesehene neue Sitzverteilung wirksam werden zu lassen. Hierfür soll die Gesamtzahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments zeitweilig auf 754 steigen (Obergrenze laut Lissabon-Vertrag: 750). Das heißt, dass Länder, die im Falle des Inkrafttretens des Lissabon-Vertrages mit einer Erhöhung ihrer Mandatszahl rechnen können, ab diesem Zeitpunkt noch Nachbesetzungen bis zu dieser Zahl durchführen können. Für die Länder (wie D), die durch den Vertrag von Lissabon Mandate verlieren würden, bleibt es dagegen bei der im Vertrag von Nizza festgelegten Mandatszahl.

Im Hinblick auf den zu wählenden **Präsidenten des Europäischen Rates** und den neuen Hohen Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik soll der Übergang während der zweiten Präsidentschaft nach Inkrafttreten des Vertrages erfolgen. Hinsichtlich der künftigen **Anzahl der Kommissare** und der Regelungen zur Neubenennung der Kommission ist in den Schlussfolgerungen nur festgelegt worden, dass der Prozess zur Ernennung der künftigen Kommission umgehend nach den Wahlen zum EP im Juni 2009 eingeleitet werden soll. Das heißt, dass die Kommission, deren Amtszeit am 31.10.09, ausläuft auf der Basis des Nizza-Vertrages benannt wird. Der Europäische Rat hat keine Aussagen dazu gemacht, wie die Kommission dann zusammengesetzt werden wird. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass der Europäische Rat im Juni 2009 den neuen Kommissionspräsidenten vorschlagen wird.

Im Hinblick auf das **gemeinsame Vorgehen zur Bekämpfung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise** hat der Europäische Rat das weitere Vorgehen auf Ebene der Union und von den einzelnen Mitgliedstaaten aufeinander abstimmt. Insgesamt sollen rund 1,5% des Bruttoinlandsprodukts (ca. 200 Milliarden €) bereitgestellt werden. Diese umfasst Darlehen der Europäischen Investitionsbank für KMU und den Automobilsektor in Höhe von 30 Milliarden €, zusätzliche Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds, den Einsatz des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Glo-



balisierung, die Beschleunigung bei der Umsetzung der EU-Strukturfondsprogramme, Investitionen in die Infrastrukturen und im Bereich der Energieeffizienz, die Möglichkeit zur Anwendung ermäßigter Mehrwertsteuersätze durch die Mitgliedstaaten für arbeitsintensive Dienstleistungen und grüne Produkte, die verstärkte Unterstützung der Unternehmen im Beihilfebereich (Anhebung der De-minimis-Schwelle, Erleichterung der KMU-Definition).

Die erforderlichen Rechtsanpassungen sollen spätestens bis zur Tagung des Europäischen Rates im März 2009 vorliegen. Der weitaus größere Teil der Mittel soll auf Ebene der Mitgliedstaaten nach hierfür vereinbarten Leitlinien aufgebracht werden und zum Einsatz kommen. Die von der Europäischen Kommission im Vorfeld des Rates vorgelegte Projektliste im Umfang von 5 Mrd. EURO, die durch eine Umschichtung aus dem EU-Haushalt hätte finanziert werden sollen, fand im Rat keine Beachtung. In den Schlussfolgerungen wird die Kommission vielmehr aufgefordert, eine neue Liste vorzulegen. Es ist damit zu rechnen, dass insbesondere im Hinblick auf die mögliche Umschichtung von Haushaltsmitteln im Rahmen der laufenden finanziellen Vorausschau auch weiterhin entsprechende Versuche von Seiten des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission denkbar seien und es daher dazu noch zu schwierigen Verhandlungen kommen könne. Weiterhin hat der Europäische Rat einer auf zwei Jahre befristeten Erhöhung der de-minimis-Schwelle auf 500.000 EURO und einer entsprechenden Verkürzung der Ausschreibungsverfahren für Großprojekte der öffentlichen Hand von bisher 87 Tage auf 30 Tage zugestimmt. Darüber hinaus sollen die Verwaltungsverfahren für den Einsatz der Strukturfonds vereinfacht und deren Durchführung beschleunigt werden.

Bezüglich der Entscheidung über das **Energie und Klimapakett** hat sich der Europäische Rat auf folgende Punkte verständigt:

- Industriebereiche, die nicht vom so-geannten "carbon leakage" (Abwanderung aufgrund unterschiedlicher Klimaschutzstandards) betroffen sind, werden bis 2020 zu 70% in das ETS und bis 2027 zu 100% einbezogen, ab 2013 sollen daher nur 20% einbezogen werden
- Industriebereiche, die vom „carbon leakage“ betroffen sind, d.h. bei denen das ETS zu einer Erhöhung der direkten und indirekten Kosten in Höhe von 5% des Umsatzes und führen würde und bei denen der Gesamtwert der Ein- und Ausfuhren 10% des jährlichen Umsatzes inklusive der Einfuhren überschreitet, sowie diejenigen Sektoren, bei denen die direkten und indirekten Kosten durch das ETS höher als 30% des Umsatzes liegen oder bei denen der Anteil der Exporte und Importe am Gesamtumsatz 30% liegt, erhalten eine 100%ig kostenlose Zuteilung, wenn sie mit der am besten verfügbaren Technik arbeiten.

Die Kommission wird die Auswirkungen dieser Regelung beobachten und im Juni 2010 dazu einen Vorschlag für die entsprechende Rechtsgrundlage im Lichte der Ergebnisse der Kyoto-Nachfolgekonzferenz vorlegen.

Darüber hinaus hat die Kommission die Möglichkeit, zum 31.03.2011 eine Bewertung der nun getroffenen Vorgaben vorzulegen und entsprechende Änderungsvorschläge zur ETS Richtlinie zu unterbreiten.



Der Stromsektor wird ab 2013 zu 100% in den Emissionshandel einbezogen. Stromproduzenten aus den neuen Mitgliedstaaten werden ab 2013 mit mindestens 30% und ab 2020 zu 100% am ETS beteiligt.

Im Hinblick auf die Verteilung der Lasten für die Reduktionsziele hat sich der Rat auf folgende Eckpunkte verständigt:

- 88% der ETS Zertifikate werden auf der Basis der im Jahr 2005 festgelegten Anteile an die Mitgliedstaaten vergeben
- 10% der ETS Zertifikate werden im Rahmen einer Solidaraktion an einzelne Mitgliedstaaten vergeben
- 2% der ETS Zertifikate werden an die Mitgliedstaaten ausgereicht, die im Jahr 2005 eine Reduzierung der Treibhausgase von mindestens 20% zu verzeichnen hatten (9 MS aus den neuen Mitgliedstaaten). Von diesem Anteil erhält Polen 27%, Rumänien 29% und Bulgarien 15%.

Darüber hinaus wurden noch Festlegungen zum CCS getroffen (300 Millionen Zertifikate aus dem ETS werden für die Finanzierung der Pilotanlagen bereitgestellt).

### ➤ Europäische Kommission (I) ⇒ Deutsche Filmförderung genehmigt (Gro)

Die EU-Kommission hat eine deutsche Filmförderregelung von 212 Millionen Euro genehmigt. Dies betrifft die Förderungen für Drehbücher, Filmherstellung, Filmverleih und -vertrieb sowie die Abspielförderungen. Die EU-Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die Regelung unter die Ausnahmestimmungen des EG-Vertrages zur Förderung der Kultur bzw. der Entwicklung bestimmter Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete fällt und mit den Vorschriften der Mitteilung zur Filmwirtschaft über Beihilfen für Filmproduktionen vereinbar ist. Insbesondere wurde die vornehmlich kleineren Kinos zugute kommende Kinoförderung genehmigt, die sich auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Kriterien stützt.

EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes erklärte dazu: „Aufgrund der guten Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden konnte die Kommission rasch die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen beurteilen und die Verlängerung der Regelung genehmigen“. Die Beurteilung der Kommission basiert auf den beihilferechtlichen Bestimmungen der bis zum 31. Dezember 2009 geltenden Mitteilung über die Filmwirtschaft von 2001, den Ausnahmeregelungen des Artikels 87 Absatz 3 Buchstabe d EG-Vertrag, wonach Beihilfen zur Kulturförderung unter bestimmten Bedingungen zulässig sind, und dem Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c, der Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete ermöglicht, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten nicht übermäßig beeinträchtigen.

Bei der Filmproduktion zielt die Förderung im Einklang mit der Mitteilung zur Filmwirtschaft auf Kulturprodukte ab, für die eine allgemeine Beihilfehöchstintensität von 50 Prozent Low-Budget-Filmen und „schwierigen“ – also weniger publikumswirksamen – Filmen ausnahmsweise eine Intensität von 80 Prozent gilt. Die Regelung schreibt nicht vor, dass die Mittel in Deutschland auszugeben sind. Für den Fall, dass die in der Mitteilung zur Filmwirtschaft festgelegten Kriterien für staatliche Beihil-



fen vor Ablauf der Regelung geändert werden sollten, hat Deutschland zugesagt, die Regelung entsprechend anzupassen. Weiter Informationen [hier](#). (Quelle: EU-Kommission)

In Mitteldeutschland wird die Filmwirtschaft seit 1998 durch die Mitteldeutsche Medienförderung MDM ([www.mdm-online.de](http://www.mdm-online.de)) mit jährlich ca. 12 Mio. EUR unterstützt.

### ➤ Europäische Kommission (II) ⇒ Geringerer Stromverbrauch im Bereitschaftsmodus (TS)

Die Europäische Kommission hat am 17. Dezember 2008 eine Ökodesign-Verordnung (im Rahmen der sogen. Ökodesign-Richtlinie; RL 2005/32/EG vom 6. Juli 2005) verabschiedet, durch die der Energieverbrauch sämtlicher Haushalts- und Bürogeräte im Bereitschaftsmodus („Standby“) deutlich verringert werden soll. In der Verordnung werden Energieeffizienz-Anforderungen festgelegt, die bis 2020 zu einer Reduzierung des Stromverbrauchs im Standby-Betrieb um nahezu 75% führen werden.

Am 7. Juli dieses Jahres billigten die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten, die den Ökodesign-Regelungsausschuss bilden, den Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zur Senkung des Energieverbrauchs von Haushalts- und Bürogeräten im Standby-Betrieb. Der Vorschlag wurde daraufhin dem Europäischen Parlament zur Stellungnahme übermittelt, und heute hat die Kommission mit der offiziellen Verabschiedung den letzten Schritt des sogenannten Ausschussverfahrens vollzogen.

Fast alle Haushalts- und Bürogeräte – Fernseher, Computer usw. – verfügen über einen Bereitschaftsmodus, der ein bequemes Ein- und Ausschalten, z.B. per Fernbedienung, ermöglicht. Der Stromverbrauch von Geräten im Bereitschaftsbetrieb summiert sich in der EU auf jährlich ca. 50 TWh und wird durch die Verordnung bis 2020 um ca. 73% gesenkt werden. Die so erzielten Einsparungen sind in der Größenordnung dem jährlichen Energieverbrauch Dänemarks vergleichbar und bedeuten, dass der Ausstoß von 14 Mio. t CO<sub>2</sub> vermieden wird. Die Verordnung tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union im ersten Quartal 2009 in Kraft. Ab 2010 muss der Stromverbrauch neuer Geräte im Bereitschaftsmodus unter 1 bzw. 2 Watt liegen. Diese Werte werden 2013 auf 0,5 bzw. 1 Watt abgesenkt, was nahezu dem mit der besten verfügbaren Technik erreichbaren Niveau entspricht.

Die Kommission beabsichtigt die baldige Annahme von vier (Leuchtmittel für den Dienstleistungssektor, einfache Set-Top-Boxen, externe Netzteile und nicht gerichtete Haushaltslampen) weiteren Ökodesign-Verordnungen, die vor Kurzem von den Mitgliedstaaten gebilligt wurden und nun dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Prüfung vorliegen, darunter die Verordnung zur schrittweisen Abschaffung von Glühbirnen. Diese erste Reihe von Ökodesign-Maßnahmen wird bis 2020 zu Stromeinsparungen von ca. 125 TWh führen, was ungefähr dem jährlichen Stromverbrauch Schwedens entspricht.

Mit der letzten Maßnahme des Ökodesign-Regelungsausschusses vom 8. Dezember 2008 wurden neue Effizienznormen für die Lampen festgelegt, die die Glühbirnen normalerweise bis 2012 ersetzen werden. Weitere Informationen zum Ökodesign sind [hier](#) verfügbar.



### ➤ Europäische Kommission (III) ⇒ Literaturpreis 2009 (EAG)

Die Europäische Kommission hat einen Preis der Europäischen Union für zeitgenössische Literatur ins Leben gerufen.

Ziel ist es, die Kreativität und den Reichtum des zeitgenössischen europäischen Literaturschaffens hervorzuheben und die Verbreitung von Literatur innerhalb Europas zu fördern. Außerdem soll das Interesse für literarische Werke aus anderen Ländern geweckt werden. Zum ersten Mal wird der Europäische Preis für zeitgenössische Literatur im Herbst 2009 vergeben. Finanziert wird der Preis mithilfe des Programms „Kultur“ der Europäischen Union.

[http://ec.europa.eu/culture/news/news1809\\_de.htm](http://ec.europa.eu/culture/news/news1809_de.htm)

Quelle: EU Nachrichten 42/08

### ➤ Europäisches Parlament ⇒ Energie- und Klimapakete gebilligt (Wo)

Das Europäische Parlament hat am 17.12. mit überwältigender Mehrheit dem vom Europäischen Rat in der vergangenen Woche ausgehandelten Kompromiss zum Energie- und Klimapakete in erster Lesung verabschiedet. Abgestimmt wurde über insgesamt sechs Gesetzesvorschläge zur Energie- und Klimapolitik:

- Richtlinie über erneuerbare Energien, Berichterstatter: Claude TURMES (Grüne/EFA, Luxemburg) [610 Ja, 60 Nein, 29 Enthaltungen]
- Richtlinie über die Dritte Phase des Emissionshandelssystems, Berichterstatterin: Avril DOYLE (EVP-ED, Irland) [610:60:29]
- Entscheidung über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten ihre Emissionen in nicht vom ETS erfassten Sektoren zu reduzieren, Berichterstatterin: Satu HASSI (Grüne/EFA, Finnland) [555:93:60]
- Richtlinie zur Abtrennung und geologischen Speicherung von CO<sub>2</sub>, Berichterstatter: Chris DAVIES (ALDE, Großbritannien) [623:68:22]
- Richtlinie zur Qualität von Kraftstoffen, Berichterstatterin: Dorette CORBEY (SPE, Großbritannien) [670:20:25]
- Verordnung über CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen, Berichterstatter: Guido SACCONI (SPE, Italien) [559:98:60]

Der Europaabgeordnete Dr. Schnellhardt (EVP/CDU) begrüßte in einer Presseerklärung grundsätzlich die Parlamentsbeschlüsse, obwohl der Inhalt einige Unsicherheiten enthalte. Die Regelung zur Einlagerung von CO<sub>2</sub>, die Fragen der CO<sub>2</sub>-Senkung bei Kraftfahrzeugen und die Erzeugung von Energie aus nachwachsenden Rohstoffen sind dabei aus seiner Sicht unstrittig. Probleme sieht der Angeordnete beim Emissionshandel und der differenzierten Behandlung der Mitgliedsstaaten bei der Stromerzeugung aus Kohle.

Der von der stromerzeugenden Industrie angedrohte Stopp des Baus von Kohlekraftwerken in Sachsen-Anhalt und deren Verlagerung zum Beispiel nach Polen, hält Schnellhardt für übertrieben und



unrealistisch. Ab 2020 werden auch die Kohlekraftwerke in den neuen Mitgliedsstaaten einer vollen Auktionierung unterzogen.

➤ **Ausschuss der Regionen ⇒ COTER Kommission verabschiedet  
Stellungnahme zum Grünbuch „Territoriale Kohäsion“ (Wo)**

Im Mittelpunkt der letzten Sitzung der COTER Fachkommission stand am Freitag vergangener Woche die Verabschiedung des Stellungnahmeentwurfs zum „Grünbuch territorialer Zusammenhalt: Territoriale Vielfalt als Stärke“ des Berichterstatters und Präsidenten der Region Bretagne, Jean-Yves Le Drian. In Anwesenheit des Berichterstatters des Ausschusses für Regionalpolitik (REGI) im Europäischen Parlament, Lambert van Nistelrooij, wurden insgesamt 85 Änderungsanträge zur Stellungnahme abgestimmt. Dabei wurde deutlich, dass die Unterschiede in den Sichtweisen und Interessenlagen bezüglich des Konzepts der territorialen Kohäsion in der Fachkommission auch weiterhin groß sind. Für den überwiegenden Teil der Änderungsanträge (darunter auch ein gutes Dutzend von deutscher Seite) gelang es jedoch, Kompromissformulierungen zu finden, die den ursprünglichen Text zum Teil erheblich modifizieren. In der Schlussabstimmung wurde der Berichtsentwurf mit 2 Gegenstimmen angenommen. Nunmehr ist eine Befassung im AdR-Plenum im Februar vorgesehen.

Unter der Leitung von Staatssekretär Dr. Michael Schneider wurden auf der COTER Sitzung auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013 vorgestellt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sind in einem Bericht dokumentiert (CdR 326/ 2008 rev.), der bewusst den Charakter eines „Diskussionsbeitrages“ hat, in dem verschiedene Optionen für die zukünftige Ausgestaltung der Strukturfonds angerissen werden.

➤ **Ausschuss der Regionen ⇒ Pressebuch „Open Days 2008“  
veröffentlicht (WN)**

Diese Woche wurde das Pressebuch der Open Days auf der Homepage der Open Days veröffentlicht. Darin sind über 300 Medienberichte über die Europäische Woche der Regionen und Städte vom 6. bis 9. Oktober 2008 zu finden, die aus über 29 Ländern gesammelt wurden. Neben einem großen Anteil an nationaler und regionaler Print-Berichterstattung der 275 Journalisten, die teilgenommen haben, gab es dieses Jahr auch verstärkt audiovisuelle Medien und Internet-Beiträge. Die nächsten Open Days werden vom 5. bis 8. Oktober 2009 stattfinden und unter dem Slogan „Global challenges, European solutions“ stehen.

Zu finden ist das Press Book der Open Days 2008 unter:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/od2008/report.cfm?nmenu=3&sub=2&smenu=27](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2008/report.cfm?nmenu=3&sub=2&smenu=27)



## Aus den Fachbereichen



### ➤ Medien ⇨ „Gomorrha“ – bester europäischer Film (EAG)

Der italienische Film „Gomorrha“ hat gleich fünf Europäische Filmpreise gewonnen. Neben dem Hauptpreis für den besten europäischen Film wurde unter anderem Toni Servillo als bester Schauspieler ausgezeichnet. Der Film über die organisierte Kriminalität der Camorra nach dem Buch von Roberto Saviano war für zehn der insgesamt 15 Preise nominiert. Der Buchautor konnte an der Veranstaltung aus Sicherheitsgründen nicht teilnehmen, weil kriminelle Gruppen ihm mit Mord drohen. Der Europäische Filmpreis soll die Aufmerksamkeit des Publikums auf europäische Filme lenken und das Selbstbewusstsein des europäischen Kinos stärken.

[www.gomorrha-derfilm.de](http://www.gomorrha-derfilm.de)

Quelle: EU Nachrichten 42/08

### ➤ Internationaler Journalistenwettbewerb 2008 ⇨ Preisträger (EAG)

Die Preisträger des zweiten Internationalen Journalistenwettbewerbs der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ stehen fest. Journalisten im Alter zwischen 18 und 35 Jahren konnten sich anlässlich des 60. Jahrestages der Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen mit einem journalistischen Beitrag zum Thema „Alle Menschen sind frei und gleich ...“ bewerben.

Vier erste Preise wurden vergeben, unter anderem gewann die Reportage „Braut wider Willen“ von Susanne Krieg. Die Journalistin beschreibt die bewegende Reise in eine weitgehend unbekannte Welt, in der Mädchen, als Ware gehandelt, nur die Wahl zwischen Zwangsverheiratung, Sklaverei und Prostitution haben. Die prämierten Artikel können auf der Webseite der Stiftung als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

[www.stiftung-evz.de/w/files/pdfs/publikation\\_journalistenwettbewerb\\_2008.pdf](http://www.stiftung-evz.de/w/files/pdfs/publikation_journalistenwettbewerb_2008.pdf)

Quelle: EU Nachrichten 42/08

### ➤ Landwirtschaft ⇨ Rückforderung von Fördergeldern (EAG)

Die EU-Kommission hat beschlossen, vorschriftswidrig verwendete EU-Agrargelder von 528,5 Millionen Euro werden zurückzufordern. Diese Gelder sollen wegen unzureichender Kontrollverfahren bzw. der Nichteinhaltung von EU-Vorschriften über die Agrarausgaben in den Gemeinschaftshaushalt zurückfließen. Die Mitgliedstaaten sind für die Auszahlung und Prüfung der Ausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zuständig. EU-Landwirtschaftskommissarin Fischer Boel bekräftigte: „Wir setzen uns unermüdlich für eine möglichst lückenlose Kontrolle der Agrarausgaben ein. Es handelt sich nämlich um Gelder der Steuerzahler, die mit Recht sicher sein wollen, dass verantwortungsvoll damit umgegangen wird.“





Mit der jüngsten Konformitätsentscheidung werden von Zypern, Dänemark, Estland, Finnland, Spanien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland den Niederlanden, Portugal, Slowenien und Schweden EU-Mittel wieder eingezogen. Mit 105,5 Millionen Euro trifft Italien wegen Mängeln bei Schlüssel- und Zusatzkontrollen im Sektor Olivenölerzeugung die größte finanzielle Einzelberichtigung, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 84,7 Millionen Euro wegen Nichteinhaltung von Zahlungsfristen.

Alle Informationen im Überblick finden Sie in [Pressemitteilung1](#) und [Pressemitteilung2](#)

Einzelheiten zur Funktionsweise des jährlichen Rechnungsabschlussverfahrens und eine Faktenzusammenstellung „Umsichtige Verwaltung des Agrarhaushalts“ gibt es unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/fin/clearance/factsheet\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/fin/clearance/factsheet_de.pdf)

### ➤ Lebensmittel ⇒ Vorschläge für konkurrenzfähigere Preise (EAG)

Die EU-Kommission hat Vorschläge für niedrigere und konkurrenzfähigere Lebensmittelpreise in Europa vorgelegt.

Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette soll verbessert werden und damit den privaten Haushalten in Europa auf Dauer wettbewerbsfähige Preise ermöglichen.

Die Mitteilung ist die Reaktion auf die Forderung des Europäischen Rates vom Juni, den Ursachen des steilen Preisanstiegs bei Lebensmitteln im Zuge des noch drastischeren Anstiegs der Rohstoffpreise auf den Grund zu gehen. Die Kommission schlägt unter anderem vor, Rechtsvorschriften, die den Marktzutritt beschränken, unter die Lupe zu nehmen und gegebenenfalls aufzuheben. Dies soll im Zuge der Überprüfung des Einzelhandelsmarkts und der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie erfolgen. Rechtsvorschriften, die den preislichen Wettbewerb einschränken, sollten auf nationaler Ebene auf den Prüfstand gestellt werden. Zahlungsverzug durch Einzelhändler sowie überzogene Gebühren der Erzeuger für Werbeangebote könnten überprüft werden. Über gesetzlich geregelte Ladenöffnungszeiten können Konsultationen auf nationaler Ebene geführt werden. Die Verbraucher sollten Preise besser vergleichen können. Daher soll eine permanente europäische Preisüberwachung eingeführt werden.

Die Förderung einer offenen Handelspolitik durch Abschluss der WTO-Handelsgespräche der Doha-Runde wäre für alle von Nutzen, insbesondere für die Entwicklungsländer, die unter den höheren Preisen am meisten zu leiden haben. Mit ihrer Einigung auf den „Gesundheitscheck“ der Gemeinsamen Agrarpolitik hat die EU einen entscheidenden Schritt unternommen, damit die Landwirte besser auf Marktsignale reagieren und neue Chancen nutzen können, während gleichzeitig ein modernes Sicherheitsnetz für echte Marktkrisen geschaffen wurde. Den Text der Mitteilung finden Sie unter:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/thematic\\_articles/article13524\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article13524_en.htm)

Alle Informationen im Einzelnen können Sie in der [Pressemitteilung](#) nachlesen.



## ➤ Arbeit ⇔ Richtige Qualifikationen für den Arbeitsmarkt (TS)

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember 2008 Vorschläge vorgestellt, wie berufliche Kompetenzen besser an das Arbeitsplatzangebot angepasst werden können und effektiver analysiert und vorhergesagt werden kann, welche Qualifikationen im Arbeitsmarkt von morgen benötigt werden. Im Rahmen der Initiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ werden Maßnahmen empfohlen, um Qualifikationen auf die freien Stellen abzustimmen und sie fortlaufend zu bewerten, die Bemühungen der Mitgliedstaaten und internationaler Organisationen zu bündeln und bessere Informationen zum künftigen Bedarf zu erhalten. Mit den im Rahmen der Initiative Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen vorgeschlagenen Maßnahmen wird Europa in der Lage sein, den kurzfristigen Auswirkungen der Finanzkrise auf die Beschäftigung entgegenzuwirken und die langfristigen Arbeitsplatzaussichten der Arbeitnehmer in der EU zu verbessern. Diese Aktionen sind Teil des Maßnahmenpakets für Wachstum und Beschäftigung und ergänzen das Europäische Konjunkturprogramm, das die Kommission am 26. November 2008 vorgestellt hat.

In ganz Europa führen technologischer Wandel, Globalisierung, Bevölkerungsalterung, die Veränderung hin zu einer Wirtschaft mit niedrigem Kohlendioxid-Ausstoß und die Entwicklung der sozialen Strukturen dazu, dass sich sowohl die Arbeitsmärkte als auch die geforderten Qualifikationen schneller ändern als je zuvor. Aus diesem Grund müssen wir sicherstellen, dass der künftige Bedarf antizipiert und den Bürgern auch die Möglichkeit gegeben wird, sich die richtigen Qualifikationen anzueignen. Die Europäische Kommission schlägt vor, kurzfristige Trends besser zu überwachen und Instrumente zu entwickeln, mit denen Qualifikationen und freie Stellen auf dem europäischen Arbeitsmarkt besser miteinander in Einklang gebracht werden können. Darüber hinaus wird die Kommission mit regelmäßig aktualisierten Prognosen für künftige Arbeitsmarkttendenzen und einer Analyse der in den verschiedenen Sektoren geforderten Qualifikationen bessere Informationen über den mittel- und langfristigen Bedarf in der EU erhalten. Durch die Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen wird sie dafür sorgen, dass die EU die globalen Herausforderungen beim Thema Qualifikationen und Arbeitsplätze besser nachvollziehen kann. Darüber hinaus wird die Kommission die Mitgliedstaaten, Regionen und alle Akteure unterstützen, die an der Steigerung des Kompetenzniveaus und der Abstimmung der Qualifikationen beteiligt sind. Hierzu sollen die bestehenden Strategien und Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft, insbesondere der Europäische Sozialfonds, genutzt werden.

Mit den vorgestellten Vorschlägen kommt die Kommission der Aufforderung des Europäischen Rates nach, die Qualifikationserfordernisse bis 2020 einzuschätzen. Zu den ersten Ergebnissen zählt, dass in Europa im Dienstleistungssektor neue Arbeitsplätze geschaffen werden – bis zum Jahr 2020 werden knapp drei Viertel der Arbeitsplätze in der EU-25 im Dienstleistungsbereich angesiedelt sein. Darüber hinaus werden viele Arbeitsplätze mit hochqualifizierten Tätigkeiten geschaffen, doch auch bei den „einfachen Tätigkeiten“ werden Arbeitsplätze entstehen. Immer öfter wird von den Arbeitnehmern ein hohes oder mittleres Bildungsniveau gefordert sein. In allen Branchen werden auf dem Arbeitsmarkt bereichsübergreifende und allgemeine Kompetenzen immer mehr geschätzt, etwa die Fähigkeit, Probleme zu lösen, oder analytische Kompetenz, selbständiges Handeln, Kommunikations- und Teamfähigkeit, Sprachkenntnisse und digitale Kompetenz.

Weitere Informationen:



<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=431&furtherNews=yes>

Weitere Informationen zu „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=568&langId=de>

Weitere Informationen zu Beschäftigung in der EU:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=81&langId=en>

Weitere Informationen zur Europäischen Strategie und zur Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung:

[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc28\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc28_de.htm)

Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop):

<http://www.cedefop.europa.eu/>

Prognosen der Cedefop zu den Qualifikationen bis 2020:

<http://www.cedefop.europa.eu/index.asp?section=3&read=3650>

### ➤ **Handel ⇔ Beseitigung versteckter und nichttarifärer Handelshemmnisse (TS)**

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember 2008 ihren Einsatz für die Erhaltung der offenen europäischen Märkte und für verstärkte Bemühungen um eine stärkere Öffnung der ausländischen Märkte bekräftigt. Mit der vorliegenden Mitteilung werden die wichtigsten nichttarifären Handelshemmnisse für europäische Exporteure aufgezeigt und ein Aktionsplan zu ihrer Beseitigung vorgestellt. Dies umfasst auch eine verstärkte Zusammenarbeit in Regulierungsfragen mit den wichtigsten Ländern und Regionen.

Mit dem nunmehr angenommenen Bestandteil des Lissabon-Pakets der Europäischen Kommission wurde ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Entwicklung einer stärkeren außenpolitischen Dimension der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung getan. Grundlage der heutigen Mitteilung bildet die Ende 2006 lancierte Strategie für ein globales Europa, die einen ehrgeizigen Plan für die Öffnung der wichtigsten Märkte umfasst (insbesondere in Asien). Ein weiterer Stützpfiler des Plans ist die überarbeitete Marktzugangsstrategie der EU, die seit letztem Jahr gilt.

Die Kommission stellt eine Reihe wesentlicher Handelshemmnisse auf wichtigen bestehenden und künftigen potenziellen Märkten für EU-Exporteure dar. Gleichzeitig werden die verschiedenen verfügbaren Instrumente vorgestellt, mit denen kohärente und zielgerichtete Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hemmnisse ermöglicht werden. Die Europäische Kommission plant, die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen mit den wichtigsten Handelspartnern zu verstärken und sie auf die Erzielung bestmöglicher Ergebnisse auszurichten. Einen regionalen Schwerpunkt werden die Partnerländer der europäischen Nachbarschaftspolitik bilden. Als Grundlage für weitere Maßnahmen werden zudem die wichtigsten nichttarifären Handelshemmnisse in Schlüsselsektoren aufgezeigt.

Folgende Instrumente stehen zur Verfügung:

- Multilaterale und bilaterale Handelsverhandlungen: Hier liegt der Schwerpunkt hauptsächlich auf der Verbesserung der Geschäftsmöglichkeiten, der Festlegung klarer Regelungen und der Durchsetzung ihrer korrekten Anwendung.



- Bilaterale Kontakte auf hoher Ebene und internationale Zusammenarbeit in Regulierungsfragen, beispielsweise im Rahmen des Transatlantischen Wirtschaftsrates mit den USA (TEC) und des hochrangigen Handelsgremiums mit China, bieten ein nützliches, strukturiertes Forum, um Probleme und unnötige, durch unterschiedliche regulatorische Praxis bedingte Handelshemmnisse auf die Tagesordnung zu bringen (siehe die Übersicht im Anhang).
- Formelle Instrumente für spezifische Handelshemmnisse: Gute Beispiele sind hier die WTO-Notifizierungsverfahren für technische Handelshemmnisse (TBT-Übereinkommen) und das Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS-Übereinkommen). Mit diesen Übereinkommen werden Transparenz sowie eine multilaterale Konsultations- und Verhandlungsplattform geschaffen.
- die Marktzugangspartnerschaft, in deren Rahmen eine neue, stärkere Partnerschaft zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und Unternehmen eingerichtet wird, um die Ressourcen für die Beseitigung der Barrieren zusammenzuführen. Darüber hinaus hat die Europäische Kommission die Zusammenarbeit mit Drittländern in Marktzugangsfragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere mit den USA und Japan, verstärkt.

Die Europäische Kommission setzt sich zwar nachdrücklich für multilaterale Lösungen ein, in vielen Bereichen der Regulierungspolitik sind Fortschritte jedoch auf bilaterale oder plurilaterale Zusammenarbeit angewiesen. Die Maßnahmen der Europäischen Kommission richten sich schwerpunktmäßig auf die Länder und Regionen, in denen greifbare Auswirkungen zu erwarten sind und hinreichende Aussichten auf Erfolg bestehen. Die Zielsetzungen der künftigen Zusammenarbeit werden über die wirtschaftlichen Themen hinaus auch soziale und umweltpolitische Aspekte umfassen.

Weitere Informationen zu dieser Mitteilung: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/141742.htm>

Weitere Informationen zur Marktzugangsstrategie:

[http://ec.europa.eu/trade/issues/sectoral/mk\\_access/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/trade/issues/sectoral/mk_access/index_en.htm)

[Weitere Informationen](#) auf der Website der GD Unternehmen und Industrie

## ➤ **KMU ⇔ Rolle der Kohäsionspolitik im Rahmen des Konjunkturprogramms (TS)**

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember 2008 einen Bericht angenommen, in dem der Beitrag der Kohäsionspolitik zum Europäischen Konjunkturprogramm und die kohäsionspolitische Unterstützung für die Realwirtschaft herausgestellt werden. Der Bericht geht auf die Maßnahmen ein, die intelligente Investitionen auf nationaler und regionaler Ebene beschleunigen sollen, indem der Zugang zu Finanzhilfen erleichtert, von der Krise betroffene Menschen unterstützt und die Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) verbessert werden. Die Empfehlungen der Kommission betreffen folgende Bereiche:

### **Beschleunigung der Investitionen zur Ankurbelung der Nachfrage**

Die Kohäsionspolitik stellt die größte Investitionsquelle der Gemeinschaft in der Realwirtschaft dar. Dank der umfangreichen Mittelausstattung (347 Mrd. € für den Zeitraum 2007-2013) bietet sie lebenswichtige Unterstützung und stabile Investitionen auf lokaler und regionaler Ebene. Für die Wie-



derherstellung des Vertrauens spielt der öffentliche Sektor eine wichtige Rolle; in einigen Mitgliedsstaaten, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, beträgt der Anteil der Kohäsionsmittel an den gesamten öffentlichen Investitionen mehr als 50%.

Durch die Beschleunigung der Strukturfondsinvestitionen kann die Nachfrage in Schlüsselbereichen der Wirtschaft angekurbelt werden, und die vorgezogene Bereitstellung von Mitteln bietet kurzfristig einen wichtigen finanziellen Impuls. Innovative Finanzierungsmodelle können ebenfalls den Zugang zu sicheren Finanzmitteln erleichtern. Die Kommission und der Europäische Investitionsfonds (EIF) ermuntern die Mitgliedstaaten, die Initiative JEREMIE (Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises – Gemeinsame europäische Ressourcen für kleinste bis mittlere Unternehmen) zu nutzen, die den KMU den Zugang zu Darlehen erleichtert. Zusammen mit der EIB-Gruppe unterstützt die Kommission die Initiative JASMINE (Joint Action to Support Micro-Finance Institutions in Europe – Gemeinsame Aktion zur Förderung von Kleinstkreditinstituten in Europa), die Kleinstkreditgebern außerhalb

### **Gezielte Mittelvergabe für Wachstum und Beschäftigung**

Mehr als 65% (230 Mrd. €) der Mittelausstattung der Kohäsionspolitik sind „zweckgebunden“ für Investitionen in den vier prioritären Bereichen der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Union: Menschen (Beschäftigung), Wirtschaft, Infrastruktur und Energie sowie Forschung und Innovation. Diese Fokussierung ist von entscheidender Bedeutung, da diese Prioritäten zu einer raschen Konjunkturerholung beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit verbessern und die Union bei der Umstellung auf eine Wirtschaftsweise mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß unterstützen.

Im Bericht wird vorgeschlagen, dass einige kohäsionspolitische Programme überarbeitet werden, um sie stärker auf Bereiche mit unmittelbarem Wachstumspotenzial oder die am meisten von der Krise betroffenen Bereiche auszurichten. Die strategischen Berichte der Mitgliedstaaten (die Ende 2009 vorzulegen sind) bieten Gelegenheit für eine erste Bilanz und die Planung überarbeiteter nationaler und regionaler Programme. Damit Europa die Konjunkturkrise besser übersteht, schlägt die Kommission vor, dass die Programme des Europäischen Sozialfonds darauf ausgerichtet werden, Arbeitslose wieder in die Arbeitswelt zu integrieren, langfristige Arbeitslosigkeit zu verhüten und das allgemeine Qualifikationsniveau anzuheben und besser auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes abzustimmen. Sie fordert die Mitgliedstaaten ferner auf, stärker in Energieeffizienz, saubere Technologien, eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, den Energieverbund und Breitbandnetze zu investieren.

Die Mitteilung kann unter folgender Adresse aufgerufen werden:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/funds/recovery/](http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/recovery/)

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/esf/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/esf/index_de.htm)



## Was - Wann - Wo



### ➤ Landtag ⇒ Der Geschäftsführende Vorstand der SPD-Landtagsfraktion tagte in Brüssel (EAG)

Der geschäftsführende Vorstand der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt hat in der Zeit vom 15.-18.12.08 eine auswärtige Sitzung in Brüssel durchgeführt. Im sehr umfangreichen Programm waren Gespräche zu den Schwerpunkten des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2009, den Perspektiven der Arbeiten des Ausschusses der Regionen und mit der Fried-



rich-Ebert-Stiftung vorgesehen. Thematisch hat sich der Vorstand mit dem Stand der Debatte zur CO<sub>2</sub> Sequestrierung auf europäischer Ebene, der Europäischen Kohäsionspolitik sowie der aktuellen Einschätzung der Klimapolitik der EU aus industriepolitischer Sicht beschäftigt.

Auch wurde der Kontakt zum Verbindungsbüro der Deutschen Bundestages hergestellt. Höhepunkt war ein Gespräch mit Botschafter Peruzzo in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU über die Perspektiven der Tschechischen Präsidentschaft ab 2009.

Darüber hinaus unterrichteten sich die Abgeordneten über die Arbeit der Landesvertretung insbesondere im Hinblick auf die künftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik nach 2013, die stärkere Einbindung des Landes in die Akquirierung von EU-Mitteln außerhalb der Strukturfonds und die verstärkte Vernetzung mit Regionen in Europa.

### ➤ ECRN ⇒ Ständige Arbeitsgruppe tagt gemeinsam mit der Projektierungsgruppe ChemClust in der LV (TS)

Am 15. Dezember 2008 traf sich die ständige Arbeitsgruppe des Netzwerkes der Europäischen Chemieregionen (ECRN) in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts in Brüssel zu einer außerordentlichen Sitzung. Hintergrund war, neben einem Rückblick auf das so arbeits- und erfolgreiche Jahr 2008, ein Ausblick auf die Aufgaben des kommenden Jahres.

Neben der Erörterung künftiger Projekte des Netzwerkes in den Bereichen Bildung und Qualifikation, Umwelt, Chemielogistik und regionale Technologieplattformen nahmen die Abstimmungen zur weiteren Arbeit in der Hochrangigen Gruppe (High Level Group – HLG) für die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in der Europäischen Union sowie die Zusammenarbeit des ECRN mit anderen Institutionen und Netzwerken einen großen Raum ein.



Zweiter, wichtiger Teil der Zusammenkunft war das Treffen potentieller Partner für einen derzeit erarbeiteten INTERREG IV C Projektantrag, der Ende Januar 2009 mit Abschluss der Einreichungs-



frist beim Programmsekretariat abgegeben werden soll. An dem Projekt werden sich voraussichtlich 10-12 Partner aus ganz Europa beteiligen, um über die nächsten Jahre gemeinsam über künftige Innovationen in Regionen mit einem hohen Anteil an chemischer Industrie zu beraten, Erfahrungen auszutauschen und Gemeinsamkeiten zu erschließen.

Weitere Informationen zum ECRN sowie zum bevorstehenden Kongress unter: [www.ecrn.net](http://www.ecrn.net)

### ➤ TEMPUS ⇔ Jahrestagung in Bonn (EAG)

Der zweite Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen in TEMPUS IV wird Anfang Januar 2009 veröffentlicht. Die erste TEMPUS IV-Auswahlrunde hat gezeigt, dass die Weichen in der vierten TEMPUS-Phase zum Teil neu gestellt wurden. Für die kommende Antragsrunde ist es deshalb notwendig, erste TEMPUS IV-Erfahrungen auszutauschen und Informationen zum neuen Aufruf einzuholen.

Deshalb lädt die Nationale TEMPUS-Kontaktstelle im DAAD zur internationalen TEMPUS-Jahrestagung 2009 in Bonn ein. Die Veranstaltung findet am Montag und Dienstag, dem 2. und 3. Februar 2009 im Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, statt. Die Tagung soll unter anderem dazu beitragen, offene Fragen zu TEMPUS IV zu klären, Ihre Projektideen auf den richtigen Weg zu bringen und Kontakte mit Hochschulvertretern aus dem In- und Ausland aufzubauen und zu vertiefen.

Tagungsinformationen finden Sie in Kürze auf der Website: <http://eu.daad.de/eu/05591.html>



# Ausschreibungen



Die Ausschreibungen werden im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht, diese Dokumente sind unter folgender Webseite nachzulesen:

<http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/index.htm>

**Gegenstand:** Europäisches Parlament - **STELLENAUSSCHREIBUNG Nr. PE/116/S**

**DIREKTOR (m/w) (Funktionsgruppe AD 14)**

**GENERALDIREKTION INNOVATION UND TECHNOLOGISCHE UNTERSTÜTZUNG —  
DIREKTION INFORMATIONSTECHNOLOGIEN**

Der Präsident des Europäischen Parlaments hat beschlossen, das Verfahren zur Besetzung der Stelle eines **Direktors** (m/w) (AD, Besoldungsgruppe 14) innerhalb seiner Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung — Direktion Informationstechnologien gemäß Artikel 29 Absatz 2 des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften zu eröffnen.

Dieses Ausleseverfahren zielt darauf ab, die Auswahlmöglichkeiten der Anstellungsbehörde zu erweitern, und findet parallel zu dem internen Verfahren für die Besetzung der Stelle statt.

Die Bewerberinnen und Bewerber werden darauf hingewiesen, dass diese Stelle der vom Präsidium des Europäischen Parlaments am 29. März 2004 angenommenen Regelung über die Mobilitätspolitik unterliegt.

Da es sich um eine Einheit handelt, die an mehreren Arbeitsorten präsent ist, erfordert diese Tätigkeit Einsatzbereitschaft, Dienstreisen zu den Arbeitsorten, zahlreiche interne und externe Kontakte sowie die Leitung von Teams von Angehörigen verschiedener Laufbahngruppen.

Dienstort ist Luxemburg. Diese Stelle kann einem der beiden anderen Arbeitsorte des Europäischen Parlaments zugewiesen werden.

**Fundstelle:** Abl. C 317 A vom 12.12.08

**Bewerbungsfrist:** 15.01.09

**Antragsunterlagen:**

Die Bewerbung Nr. PE/116/S ist zusammen mit einem Lebenslauf (vorzugsweise im Format des Europass-Lebenslaufs an folgende Anschrift zu senden:

**Monsieur le Secrétaire Général**

**Parlement européen**

**Bâtiment Konrad Adenauer**

**L-2929 Luxembourg**

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:317A:0001:0009:DE:PDF>





### ➤ Stereotypen in den Medien ⇨ Projektförderung (EAG)

Am 1. September 2009 jährt sich der deutsche Überfall auf Polen und damit der Beginn des zweiten Weltkriegs zum 70. Mal. Das Programm Europeans for Peace der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ fördert aus diesem Anlass Projekte, die sich mit Feind- und Freundbildern, mit positiven und negativen Stereotypen in Medien auseinandersetzen.

Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren können Ideen zum Thema „1939-2009: Freund und Feind in den Medien“ bis zum 15. Januar 2009 einreichen. Partnerschaften von Schulen und Jugendgruppen aus Deutschland, sowie Mittel-, Ost-, und Südosteuropa oder Israel haben die Möglichkeit, sich um eine Projektförderung zu bewerben. Die Projekte können sich sowohl aus historischer, als auch aktueller Perspektive mit dem Thema beschäftigen.

**Frist:** 15. Januar 2009

[www.europeans-for-peace.de](http://www.europeans-for-peace.de)

Quelle: EU Nachrichten 42/08

### ➤ Europäisches Parlament ⇨ Übersetzungsdienste für das EP (EAG)

Das Europäische Parlament schreibt den Auftrag für Übersetzungen der ausführlichen Sitzungsberichte aller Plenartagungen des Europäischen Parlaments und aller Konferenzen des Präsidenten aus dem Englischen ins Deutsche aus.

Mindestqualifikation ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium in einem beliebigen Fach. Die Auftragsdauer beträgt 12 Monate.

**Frist:** 22. Januar 2008

[http://ted.europa.eu/Exec?DataFlow=N\\_list\\_results.dfl](http://ted.europa.eu/Exec?DataFlow=N_list_results.dfl)

[http://ted.europa.eu/Exec?DataFlow=N\\_list\\_results.dfl&Template=TED/N\\_result\\_details\\_curr.htm&Page=1&docnumber=2008316982&StatLang=DE](http://ted.europa.eu/Exec?DataFlow=N_list_results.dfl&Template=TED/N_result_details_curr.htm&Page=1&docnumber=2008316982&StatLang=DE)

Quelle: EU Nachrichten 42/08

### ➤ EPSA 2009 ⇨ Mehr als ein Wettbewerb (Gastartikel)

Das European Institute of Public Administration – EIPA – richtet gemeinsam mit der institutionellen und finanziellen Unterstützung von 15 europäischen Staaten und der Europäischen Kommission den zweiten europäischen Verwaltungswettbewerb aus: den **European Public Sector Award (EPSA) 2009**.

EPSA richtete sich an öffentliche Verwaltungen aller Ebenen aus ganz Europa. Ausgezeichnet werden Verwaltungsprojekte mit den besten, innovativsten und effizientesten Lösungsansätzen. Der Wettbewerb soll dazu beitragen, die Bereitschaft der Regierungen zur Modernisierung ihrer Verwaltungsstrukturen und –praktiken zu verbessern und sich mit den wesentlichen Themen der Verwaltungsreformen in Europa auseinanderzusetzen. Der European Public Sector Award wird insgesamt in vier Wettbewerbskategorien verliehen:

- Effizienzsteigerung bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen;



- Bürgerbeteiligung;
- Neue Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit;
- Führung und Management für den Wandel.

EPSA will darüberhinaus die gewonnenen Erfahrungen der eingereichten Projekte transparent und für die Öffentlichkeit nutzbar machen. Daher wird mit EPSA 2009 eine Lern-Plattform für innovative Verwaltungslösungen geschaffen, mit Hilfe derer sich die Wettbewerbsteilnehmer mit ihren Leistungen darstellen und so anderen als Beispiel dienen können. Die Teilnahme am EPSA-Wettbewerb ist daher eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Arbeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu würdigen und ihr Projekt einem breiteren europäischen Publikum vorzustellen.

Die Frist für die Online-Bewerbungen beginnt am **1. Januar 2009** und endet mit dem **20. März 2009**. Einzelheiten zum Bewerbungsverfahren und den Auswahlkriterien erhält man über die EPSA 2009 Homepage: [www.epsa2009.eu](http://www.epsa2009.eu). Die Verleihung des EPSA 2009 erfolgt im Rahmen einer Konferenz über innovativen Verwaltungslösungen am 5. und 6. November 2009 in Maastricht (NL) unter der Schirmherrschaft der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft.

“Assess Yourself and Learn from the Best – Showcasing and Rewarding European Public Excellence”

"Bewerten Sie sich selbst und lernen Sie von den Besten – Präsentation und Belohnung von herausragenden Leistungen im öffentlichen Dienst".



## Kontaktbörse



Der Vertretung liegen derzeit keine aktuellen Partnerschaftsgesuche für europäische Projekte vor.



## Büro intern - TIPP



### ➤ Tipp (I) ⇒ Europa im Unterricht (EAG)

Die Arbeitsmappe „Europa für Einsteiger“ bietet für Schülerinnen und Schüler auf 20 Seiten einen kompakten Überblick über die Europäische Union. Die Materialien sind aus der Sicht der Jugendlichen geschrieben und führen über die Geschichte und die aktuelle Struktur hin zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der EU. Welche Organe hat die EU? Wer entscheidet darin was? Lohnt sich eigentlich der EU-Binnenmarkt? „Europa für Einsteiger“ kann auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung kostenlos bestellt werden.

[www.bpb.de/publikationen/AD66KO.0.Europa\\_fr\\_Einsteiger.html](http://www.bpb.de/publikationen/AD66KO.0.Europa_fr_Einsteiger.html)

Quelle: EU Nachrichten 42/08

### ➤ Tipp (II) ⇒ Weihnachtsmarkt und Winterfreuden (EAG)

Pünktlich zur Adventszeit wurde der Brüsseler Weihnachtsmarkt im Zentrum der Hauptstadt zwischen Grand Place und dem alten Fischmarkt eröffnet. Die Besucherzahl von 3.000.000 aus den Vorjahren soll in diesem Jahr noch überboten werden. Rund 240 weihnachtliche Verkaufsstände sowie die zur Tradition gewordene Eislaufbahn und ein Riesenrad laden zum Wandeln und Verweilen ein und bieten ein kurzweiliges Treiben.

In jedem Jahr ist ein ausgewähltes Land oder eine Region Gast des Weihnachtsmarktes. 2008 präsentiert sich die Wallonie mit Gastronomie, Kunsthandwerk und Kultur.

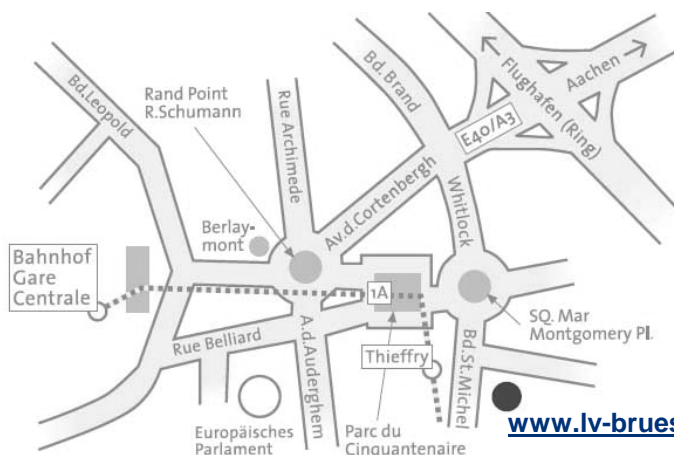
Auf der Grand Place ist eine Krippe mit lebenden Tieren zu bestaunen und es wurde eine Weihnachtstanne aus dem Süden Belgiens aufgebaut. Eine Klang-Licht-Installation der besonderen Art von Electrabel kann ebenfalls bewundert werden.

Der Weihnachtsmarkt ist noch bis zum 28.12.08 geöffnet.

Details. [www.winterwonders.be](http://www.winterwonders.be)



# So erreichen Sie uns



**Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU**

Boulevard Saint Michel 80  
B-1040 Brüssel

Tel (Sekretariat) ++32.2.741.09.31  
Fax ++32.2.741.09.39

[www.lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](http://www.lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

[vorname.nachname@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:vorname.nachname@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

➤ **Ansprechpartner**



Leiter des Büros  
**Thomas Wobben** (Wo)  
Grundsatzangelegenheiten der EU

☎ ...30  
✉ [E-Mail](#)



**Dr. Gábor Spuller** (GS)  
Landwirtschaft, Umwelt

☎ ...12  
✉ [E-Mail](#)



z.Zt. Urlaub  
**Carmen Johannsen** (Jo)  
Justiz, Innen u. AdR

☎ ...18  
✉ [E-Mail](#)



Stellvertretender Leiter  
**Thomas Große** (Gro)  
Presse ÖA,  
Info-Gesellschaft, Medien

☎ ...33  
✉ [E-Mail](#)



**Susanne Lüders** (SL)  
Bildung, Kultur, Forschung

☎ ...19  
✉ [E-Mail](#)



**Elke Andrea Große** (EAG)  
Redaktion Wochenspiegel,  
Besucherbetreuung, Tourismus

☎ ...32  
✉ [E-Mail](#)



**Thomas Steinmetz (TS)**

Wirtschaft, Arbeit

☎ ...10  
✉ [E-Mail](#)



**Anne Geyer (AG)**

Justiz, Innen u. AdR

☎ ...18  
✉ [E-Mail](#)



**Peter Schwägele (PS)**

Interregionale Zusammenarbeit

☎ ...16  
✉ [E-Mail](#)

N.N. Gesundheit, Soziales ☎ ...31 ✉ [E-Mail](#)

**Michael Baum (MB)**

Finanzen,  
Landesentwicklung, Verkehr

☎ ...38  
✉ [E-Mail](#)



Hospitation  
**André Lange (AL)**

Justiz, Innen u. AdR

☎ ...23  
✉ [E-Mail](#)



N.N. Assistenz Leiter, Sekretariat ☎ ...31 ✉ [E-Mail](#)



**Doris Bergner (DB)**

Verwaltung

☎ ...36  
✉ [E-Mail](#)



Praktikantin  
**Sarah Schulze (SaS)**

☎ ...22  
✉ [E-Mail](#)

Praktikantin  
**Wiebke Neumann (WN)**

☎ ...21  
✉ [E-Mail](#)



Praktikant  
**Marko Spengler (MS)**

☎ ...21  
✉ [E-Mail](#)



## Impressum

Herausgeber:  
Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80  
1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin: Elke Andrea Große  
Fotos: Thomas Große (wenn nicht anders ausgewiesen)  
Layout: Wibke Pörschke

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte direkt an den jeweiligen Mitarbeiter.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.